

Antrag G05: Arbeitsplätze und Klima retten - Produktion raus aus Unternehmerhand

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt-Mühlhausen-Münster

Der Parteitag möge beschließen:

1 **Arbeitsplätze und Klima retten**

2 **Produktion raus aus Unternehmerhand**

3 **Autokonzerne in Gemeineigentum und Konversion der Produktion**

4 Die Autoindustrie in Deutschland steckt in der Krise. Fast täglich liefern
5 Autokonzerne und Zulieferer neue Horrorzahlen zur Vernichtung von Arbeitsplätzen,
6 Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzungen, Produktionsverlagerung in
7 Niedriglohnländer. Die Krise der Autoindustrie führt auch zu weniger
8 Gewerbesteuerzahlungen für die Kommunen und folglich weniger Geld für Schulen,
9 Krankenhäuser, Kitas und die öffentliche Infrastruktur.

10 **Überproduktionskrise**

11 Der Grund für die Krise der Autoindustrie ist die weltweite Überproduktion von Autos.
12 Diese Überproduktion wird verursacht durch das chaotische kapitalistische System mit
13 seinem Privateigentum an Produktionsmitteln, Produktion für Profit und
14 Konkurrenzkampf.

15 Jeder Konzern versucht auf Kosten der Konkurrenz seinen Marktanteil zu vergrößern.
16 Damit gleichzeitig die Renditen wieder steigen, sollen die Lohnkosten sinken. Die
17 Beschäftigten sollen also für die Krise bezahlen. Gleichzeitig subventioniert der
18 Staat mit unseren Steuern die Chip- und Batterieproduktion und den Bau von Ladesäulen
19 für E-Autos.

20 **Es geht nicht um den Antrieb, es geht um die gesamte Produktion**

21 Die Absatzkrise der Autoindustrie fällt zusammen mit der Klimakatastrophe. Um die
22 CO2-Emissionen zu reduzieren, muss der Individualverkehr drastisch reduziert werden.
23 Batterieelektrisch betriebene Autos sind keine Zukunftstechnologie für die Sicherung
24 von Arbeitsplätzen und für die Rettung des Klimas. Beim Bau von E-Autos entsteht mehr
25 CO2 als bei Verbrennern. Da der Strom nur zum Teil aus erneuerbaren Energien stammt,
26 sind E-Autos auch im Betrieb nicht CO2-frei. Der Bau der geplanten Million Ladepunkte
27 bis 2030 emittiert viel CO2. Der Abbau von Rohstoffen, die für E-Autos gebraucht
28 werden, hat in der neokolonialen Welt desaströse ökologische und soziale Folgen. Alle
29 anderen Schäden des Individualverkehrs gelten auch für das E-Auto: Verkehrstote,
30 Verletzte, Flächenverbrauch, Lärm, Feinstaub, Mikroplastik durch Reifenabrieb. Die
31 angebliche Transformation ist Propaganda fürs Greenwashing und für den Abbau von
32 Arbeitsplätzen.

33 **Umstellung der Autoindustrie auf gesellschaftlich sinnvolle Produktion**

34 Es macht keinen Sinn weiter massenhaft Autos zu produzieren, die niemand braucht,
35 während nicht genügend Kapazitäten für dringend benötigte Fahrzeuge des öffentlichen
36 Verkehrs (Schienenfahrzeuge, Busse) zur Verfügung stehen. Es macht keinen Sinn die
37 Arbeitskraft der Ingenieur*innen, Softwareentwickler*innen und
38 Produktionsarbeiter*innen in der Autoindustrie für immer mehr Schnickschnack und
39 Software zur Hochrüstung von Autos und für Autonomes Fahren zu verschwenden, während
40 Signalanlagen, Weichen und Stellwerke bei der Bahn völlig veraltet sind und zum Teil
41 noch aus der Kaiserzeit stammen. Mit einer Konversion der Autoindustrie für vorrangig
42 öffentliche Verkehrsmittel könnten die Arbeitsplätze in der Autoindustrie und das

43 Klima gerettet werden. Grundvoraussetzung ist, die Abschaffung der Profitproduktion
44 und des Konkurrenzkampfes durch Überführung der Autoindustrie in Gemeineigentum und
45 demokratische Verwaltung und Kontrolle. Dann können die Gewinne und Ressourcen der
46 Autoindustrie für eine Umstellung genutzt und eine ökologische, ressourcensparende
47 und soziale Verkehrswende hin zu einem massiven Ausbau des öffentlichen Personen- und
48 Güterverkehrs stattfinden. Die Produktion von Autos wird dadurch nicht komplett
49 überflüssig. Aber es können weniger und energieeffiziente, schadstoffarme,
50 langlebigere und nachhaltige Autos produziert werden.

51 **30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich**

52 Gegen Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsstress muss der Kampf aller Gewerkschaften
53 für die 30-Stunden-Woche auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der volle Lohn- und
54 Personalausgleich muss dabei selbstverständlich sein. Sonst wird
55 Arbeitszeitverkürzung für die Unternehmer zum Instrument für Lohnsenkung und
56 Arbeitsverdichtung und zur Erhöhung der Renditen.

57 Wir fordern:

- 58 1. Keine Abwälzung der Verluste der Krise der Autoindustrie auf die Beschäftigten.
59 Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine Absenkung der Löhne.
- 60 2. 30-Stunden-Woche für alle bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt
61 Arbeitsplatzvernichtung und Arbeitsverdichtung
- 62 3. Keine Steuergelder für Greenwashing der Autoindustrie. Keine Sozialisierung der
63 Verluste und Privatisierung der Gewinne.
- 64 4. Überführung der Autokonzerne in Gemeineigentum unter demokratischer Verwaltung und
65 Kontrolle durch demokratisch gewählte Vertreterinnen aus Belegschaften und
66 Gewerkschaften.
- 67 5. Schluss mit der Produktion von ressourcenverschwendenden und klimaschädlichen
68 Autos. Strenge Nachhaltigkeitskriterien und energieeffiziente Antriebe für die
69 Produktion von Autos und LKWs.
- 70 6. Für einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur Umstellung der Autoindustrie
71 auf alternative Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich sinnvoll Produkte.
- 72 7. Für eine Bürgerbahn mit massivem Ausbau der Infrastruktur und mehr und besser
73 bezahltem Personal. Entlassung des Bahnvorstand und Auflösung des Aufsichtsrats und
74 Übernahme der Verwaltung der Bahn durch ein demokratisch gewähltes Komitee aus
75 Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, Bündnis Bahn für alle, Pro Bahn,
76 Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 u.a.
- 77 8. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr und massive Absenkung der Tarife im Regional-
78 und Fernverkehr.
- 79 9. Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft zur Verteidigung aller Arbeitsplätze,
80 zur Entmachtung der Konzerne und eine Verkehrswende im Interesse von Beschäftigten,
81 Klima, Umwelt und Gesellschaft.

82 Der Kampf um die Rettung der Arbeitsplätze in der Autoindustrie, gegen den geplanten
83 Abbau von 30.000 Stellen bei der Bahn sowie eine Verkehrswende zur Rettung des Klimas
84 ist für uns Teil des Kampfes für eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der
85 die Bedürfnisse von Mensch und Umwelt bestimmen und nicht die Profitinteresse einer
86 kleinen Minderheit. Wir kämpfen für eine sozialistische Demokratie in der Banken und
87 Konzerne in öffentlichem Eigentum sind und die Beschäftigten durch demokratische
88 Selbstorganisation Wirtschaft und Gesellschaft leiten.